Königlich privilegirte Berlinische Zeitung

von Staats- und gelehrten Sachen.

№ 116. Abend-Ausgabe. **Vossische Zeitung.** 1909. Mittwoch, den 10. März.

Abonnements vierteljährlich (ohne Zustellungsgebühr) bei unserer Expedition für Berlin 6,50 Mk. bei den Postanstalten des Deutschen Reichs monatl. 2,50 Mk., vierteljährl. 7,50 Mk., für Oesterreich-Ungarn 12 Kr. 6 Hell. Für das übrige Ausland nehmen das Postamt in Köln und auch die Postanstalten einiger Länder Abonnements entgegen, sowie unsere Expedition zum Preise v. 18 Mk.
Fernsprech-Anschlüsse: Redaktion Amt I. 1545. Expedition Amt I. 7462. Druckerei Amt I. 7960.
Ferndruck-Anschluß der Redaktion: No. 38.

Anzeigen werden nach Schriftarten laut Tarif berechnet. Die 5gespaltene Zeile in kleiner Schrift kostet für das Morgenblatt 50 Pf., für die Beilage „Für Reise und Wanderung" 60 Pf., für das Abendblatt 70 Pf., für die amtlichen Bekanntmachungen der staatlichen und städtischen Behörden 40 Pf. Im 3gespaltenen „Reklameteil" kostet die Zeile dieser Schriftart 1 Mk. 50 Pf., unter „Geschäftliche Mitteilungen" 3 Mk.
Post-Zeitungs-Preisliste Seite 207.

Im Verlage Vossischer Erben. Redaktion und Expedition Breite Straße No. 8. u. 9., Berlin C. Verantwortl. Redakteur (mit Ausnahme des Handelsteils): Hermann Bachmann in Berlin.

Die Arbeitslosen.

Die städtische Deputation für Statistik hat beschlossen, um die Mittel zur Ausführung zweier neuer Arbeitslosenzählungen nach dem Meldesystem bei den Gemeindebehörden nachzusuchen. Die nächste Zählung soll Mitte Mai vorgenommen werden. Der Beschluß ist mit allen gegen eine sozialdemokratische Stimme gefaßt worden. Die Sozialdemokratie behauptet, daß das Meldesystem Fiasko gemacht habe, wie die letzte Berliner Zählung beweise. Nur die Zählung von Haus zu Haus, nicht die in einzelnen Zählbureaus sichere richtige Ergebnisse.

Die letzte amtliche Zählung in Berlin ist allerdings verunglückt und zwar durch die Schuld der Sozialdemokratie, die zwei Tage vorher ihrerseits eine Zählung nach der „haustürenden Methode" vornahm und für die städtische Zählung die Parole ausgab: Gewehr bei Fuß! Zur Kennzeichnung dieses Verfahrens genügt es, die folgenden Ausführungen des Sozialdemokraten Richard Calwer wiederzugeben:

„In Berlin haben hintereinander, nämlich vom 12. bis 14. und am 16. Februar, Arbeitslosenzählungen stattgefunden, die aus einer Reihe von Gründen eine eingehendere Besprechung verdienen. An sich muß es schon auffallen, daß zwei Arbeitslosenzählungen unmittelbar hintereinander an einem und dem nämlichen Orte folgen. Man konnte mit dem von der Stadt Berlin eingeschlagenen Meldesystem noch so unzufrieden sein, so war doch in aller Ruhe zu überlegen, ob es angebracht ist, fast zur nämlichen Zeit, da eine Arbeitslosenzählung nach dem Meldesystem stattfindet, eine Zählung nach einer anderen Methode vorzunehmen. Auch wir halten das Meldesystem für unzureichend, aber immerhin sind periodische Aufnahmen nach dem Meldesystem insofern besser als einmalige umfassende Aufnahmen durch Zähler, als sie über die Bewegung der Arbeitslosigkeit Aufschluß geben. Durch die gewerkschaftliche Zählung gerade zwei Tage vor der städtischen Zählung ist aber erreicht worden, daß die städtische Zählung mißglückt und ein Vergleich mit der Vorvorzählung völlig unmöglich gemacht ist. Ganz natürlich sagte sich ein großer Teil der Arbeitslosen, die am Sonntag, den 14., gezählt wurden, daß es nunmehr unnötig und überflüssig sei, sich am 16. nochmals zu melden; infolgedessen sind alle, die sich sonst gemeldet hätten, am 16. zu Hause geblieben. Wir haben stets gewerkschaftliche Arbeitslosenzählungen befürwortet und hätten selbst eine einmalige Zählung zu jedem anderen Zeitpunkt als höchst erfreulich begrüßt, nur nicht zu einem solchen, in dem sie notwendigerweise den Zweck einer anderen Arbeitslosenzählung illusorisch machen mußte. Es handelt sich denn doch bei Arbeitslosenzählungen um eine höchst ernste Angelegenheit, bei der in erster Linie rein sachliche Gründe zu entscheiden haben."

Die bei der amtlichen Zählung vom 16. Februar ermittelte Zahl der Arbeitslosen bleibt also hinter der Wirklichkeit erheblich zurück. Ob nicht die von der Sozialdemokratie ermittelte Ziffer ebenso weit über die Wirklichkeit hinausgeht, bedarf der Prüfung. Sie einfach als richtig anzunehmen, dazu liegt keinerlei Anlaß vor. Im Gegenteil; beispielsweise für das wohlhabende Schöneberg wird eine höhere Zahl von Arbeitslosen angegeben, als für das industriereiche Halle mit seinen 177 000 Einwohnern festgestellt worden ist. Professor Dr. Silbergleit, der die Verhältnisse Schönebergs als früherer Leiter des dortigen statistischen Amts genau kennt, bestreitet nachdrücklich die Richtigkeit der sozialdemokratischen Zählung für diese Stadt, die verhältnismäßig wenig Fabriken und Proletariat hat. Es wäre wichtig, daß die Zählkarten für Schöneberg sowohl vom dortigen Statistischen Amt wie von der Polizei eingehend nachgeprüft würden.

Welche Erfahrungen man mit der sozialdemokratischen Zählung von Haus zu Haus gemacht hat, zeigt Halle. Wir haben darüber kürzlich berichtet:

„Die Zählung des Gewerkschaftskartells fand am 10. Januar statt. Die städtischen Kollegien hatten einen Kostenbeitrag unter der Bedingung bewilligt, daß die Zählung nach einer vom städtischen statistischen Amt entworfenen Karte erfolgte und das Gesamtmaterial dem Amte zur Bearbeitung übergeben würde. Das damalige Ergebnis waren 2911 Arbeitslose. Davon waren 1971 verheiratet und hatten 3549 Kinder. Nicht voll beschäftigt waren 874 Arbeiter. Bei der Prüfung des Materials hat das statistische Amt festgestellt, daß etwa 450 Personen von der Zahl der Arbeitslosen abgesetzt werden müssen. Das Zählmaterial wurde der Polizei zur Nachprüfung übergeben. Diese stellte dabei fest, daß weitere 300 Personen fälschlich als Arbeitslose mitgezählt waren, darunter Gelegenheitsarbeiter, Invaliden, Pensionäre, Haussöhne, Haustöchter, die in der elterlichen Wirtschaft beschäftigt wurden, entwichene Fürsorgezöglinge, Unterbeamte a. D., Dirnen, Zuhälter, Personen, die nicht zu ermitteln waren, und solche, die in Nachbarorten wohnen."

Dr. Wolff, der Leiter des statistischen Amtes der Stadt Halle, bemerkt zu der Zählung:

„Durch das nahe Verhältnis respektive durch das Sichdecken von Zählern und Gezählten wird ein so stark subjektives Moment in die Zählung getragen (und dies Moment wird um so gefährlicher, je geringer die Bildung der Zähler ist), daß die Ergebnisse an den Stellen, die ihnen Beachtung schenken sollen, und die sie im Interesse der Arbeitslosen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verwerten wollen, also gerade bei den Behörden der Stadt und des Staates, leicht und oft mit einem gewissen Recht Anstoß erregen.

Die gewerkschaftliche Zählung von Haus zu Haus hat sich in Halle noch viel weniger bewährt als die amtliche Zählung nach dem Meldesystem in Groß-Berlin. Da nun die Sozialdemokratie selbst erklärt, daß sie die kostspielige hausierende Zählung nicht wiederholen könne, ist es vollkommen berechtigt, die amtlichen Zählungen zu wiederholen, um durch vergleichbare Ziffern Aufschluß über die Bewegung der Arbeitslosigkeit zu erlangen. Eine wertvolle Ergänzung erhalten diese Zählungen durch die fortlaufenden Nachweisungen der Arbeiterzahl in 4700 Betrieben mit je wenigstens 25 Arbeitern. Diese Feststellungen erfolgen mit Hilfe der Krankenkassen für jeden Monat im Statistischen Amt der Stadt Berlin.

So wichtig wie die Arbeitslosenzählungen sind, so ist doch noch wichtiger die Frage, wie der Arbeitslosigkeit gesteuert werden kann. Die Gemeinden können nur in beschränktem Umfange mit Geld und Arbeitsgelegenheit helfen. Und da ist bemerkenswert, daß der Landrat des Kreises Teltow dem Berliner Magistrat mitgeteilt hat, er sei mehrfach um die Genehmigung zur Einführung polnischer Landarbeiter angegangen worden; er wünscht Auskunft, ob in Berlin Arbeitslose genug ermittelt worden seien, um einen solchen Zuzug überflüssig zu machen. Das ist ohne alle Zweifel der Fall, ganz gleich, welche Zählungsmethode die zuverlässigeren Resultate ergeben hat. Die Zahl der Arbeitslosen ist so groß, daß, wenn ihrer ein erheblicher Teil arbeiten will, nicht nur der Kreis Teltow, sondern auch andere benachbarte Kreise mit Kräften für die ländlichen Arbeiten reichlich versorgt werden können.

Es wäre daher nützlich, daß an den Stellen, wo sich Arbeitslose zu sammeln pflegen, Bekanntmachungen erlassen und jedermann zugänglich gemacht würden, wonach für Besitzungen im Kreise Teltow Arbeiter gesucht werden. Und der Landrat des Kreises würde sich ein Verdienst erwerben, wenn er durch seine Beamten zum Ausgleich zwischen Nachfrage und Angebot von Arbeitskräften beiträge. In Groß-Berlin sind so viele Personen, die keineswegs zu den qualifizierten, fachmäßig besonders ausgebildeten, gewerblichen Arbeitern gehören, arbeitslos, daß es sicherlich nicht von nöten ist, polnische Arbeiter heranzuziehen. Sollten sich aber wider Erwarten nicht genug Arbeitslose zur Verrichtung ländlicher Arbeiten bereit finden, so wäre diese Tatsache für die Beurteilung der Verhältnisse bedeutsamer als alle Ergebnisse der Arbeitslosen-Zählungen.

Die Orientkrisis.

Die sagenhafte Konferenz.

Eine Berliner Zuschrift der „Südd. Reichs-Korr." bezeichnet von neuem die Klärung aller Streitpunkte zwischen den nächstbeteiligten Staaten als unerläßliche Vorbedingung einer Orientkonferenz und sagt dann weiter:

„Wir wünschen eine Konferenz, an der Österreich-Ungarn nach eigenem Willen teilnehmen kann, nicht eine Konferenz, von der Österreich-Ungarn vorgeladen werden soll. Die Gerichtsidee widerspricht dem Wesen internationaler Zusammenkünfte, die weder Ankläger noch Angeklagte kennen, auch nichts durch Mehrheitsbeschlüsse entscheiden dürfen, sondern auf gütliche Willensvereinigung aller Beteiligten angewiesen sind. Und da man weder Österreich-Ungarn noch Deutschland bewegen kann, an einer Konferenz teilzunehmen, bevor und anders, als sie selbst es wünschen, so werden sich die Eiferer für den Konferenzgedanken gedulden müssen, bis man auch in Berlin und Wien den Zeitpunkt für gekommen erachtet."

• • •

Ein Kampf zwischen Kroaten und Großserben.

Agram, 10. März. In vergangener Nacht fand ein Zusammenstoß statt zwischen Mitgliedern und Gegnern der Starčschewitsch-Legion, die zur Abwehr der großserbischen Agitation gegründet wurde. Im Handgemenge wurden dreißig Revolverschüsse abgegeben. Drei Personen wurden schwer, drei andere leicht verletzt. Drei Personen wurden verhaftet.

• • •

Serbien.

Konstantinopel, 10. März. Die Blätter bringen in Bezug auf die Durchfuhr des serbischen Kriegsmaterials widersprechende Meldungen. Über die Vorgänge im gestrigen Ministerrat verlautet, daß außer Frankreich und England auch Rußland die Erlaubnis zur Durchfuhr des serbischen Kriegsmaterials bei der Pforte befürworte. — „Tanin" verzeichnet das Gerücht, Serbien ziehe Truppen zusammen und werde im Verein mit Montenegro Novibazar angreifen. Das Blatt fügt aber hinzu, das Gerücht sei noch nicht bestätigt.

• • •

Rußland und die Türkei.

Konstantinopel, 10. März. „Sabah" meldet, Rußland habe den türkischen Gegenvorschlag zur Regelung der Kriegsentschädigungsfrage abgelehnt und einen anderen Modus vorgeschlagen.

Berlin, 10. März.

Zu dem Finanzkompromiß, das in der Kommission vorläufig angenommen wurde, nimmt nach dem „Schwäb. Merk." die württembergische Regierung einen unbedingt ablehnenden Standpunkt ein. Sie hält an der Nachlaßsteuer oder einem anderen ähnlichen Ausbau der Erbschaftssteuer fest. Den gleichen Standpunkt nehmen, wie wir mitteilten, auch die Regierungen von Bayern, Baden und Sachsen ein. Die Stimmung im Lande kommt in zahlreichen Erklärungen zum Ausdruck, die von politischen Vereinen angenommen werden. Uns wird gemeldet:

Stettin, 8. März. (Eig. Mitt.) Eine große Wählerversammlung aller bürgerlichen Parteien nahm eine Entschließung an, worin die Erwartung ausgedrückt wird, daß der Reichstag nicht auseinandergeht, ohne die Finanzreform in befriedigender Weise gelöst zu haben. Sie richtet deshalb an die Vertreter der Regierung und die Mitglieder der einzelnen Parteien die dringende Bitte, noch einmal zu prüfen, ob nicht durch Einführung eines Erbrechts des Reiches nach den Vorschlägen des Justizrats Bamberger eine Einnahmequelle erschlossen werden könnte, durch deren Ausnutzung ein wesentlicher Teil des Bedarfes ohne persönliche Belastung irgend welcher Kreise des Volkes gedeckt werden würde. — Bremen, 9. März. (Eig. Drahtber.) Der Vorstand des Bremer Vereins der Freisinnigen Volkspartei hat eine Entschließung angenommen, worin sie das Steuerkompromiß scharf mißbilligt und die Regierung auffordert, an der Nachlaßsteuer festzuhalten. Wenigstens 150 Millionen Mk. direkter progressiver Reichssteuer auf fundiertem Besitz seien unerläßlich. — Hirschberg, 9. März. (Eig. Mitt.) Der Vorstand des Vereins der Freisinnigen Volkspartei für den Wahlkreis Hirschberg-Schönau hat sich einstimmig gegen das sogenannte Besitzsteuer-Kompromiß Gamp-Arendt ausgesprochen und die Fraktion der Freisinnigen Volkspartei gebeten, das in der ersten Beratung der Finanzkommission vorläufig und unter Vorbehalt angenommene Kompromiß unter allen Umständen abzulehnen und unbedingt der Selbstsucht des Bundes der Landwirte gegenüber auf der Forderung der Nachlaß- oder Reichsvermögens-Steuer zu bestehen.

Auch der Fortschrittliche Jugendverein „Eugen Richter" in Berlin hat sich in seiner letzten Versammlung über die wir an anderer Stelle berichten, in ähnlichem Sinne ausgesprochen.

Die Denkschrift der Ansiedelungskommission für das Jahr 1908 hat, wie wir hören, die Genehmigung des Kaisers zur Vorlage an den Landtag erhalten und wird demnächst zur Ausgabe gelangen. Die Denkschrift darf diesmal besonderes Interesse beanspruchen, weil in ihr zum Teil bereits die Wirkungen des Gesetzes vom 20. März 1908 über die Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Ostmarken zum Ausdruck kommen. Das Güterangebot betrug im letzten Jahre 265 gegen 407 Güter im Jahre 1907; daneben wurden der Ansiedlungskommission 579 bäuerliche Grundstücke angeboten gegen 855 im Jahre vorher. Das gesamte Landangebot ist mithin erheblich zurückgegangen. Erworben wurden 14 Rittergüter, darunter 3 Staatsdomänen, 4 sonstige Güter und 32 Bauernwirtschaften mit einer Gesamtfläche von 14 093 Hekt. zum Kaufpreise von 16 644 475 Mk. Dagegen betrug der Erwerb im Jahre 1907 9390 Hekt. im Werte von 14 161 000 Mk. Von den gekauften Besitzungen befanden sich 1752 Hekt. in polnischer Hand. Der gesamte Landerwerb der Ansiedlungskommission belaufst sich bisher auf 349 476 Hekt. zum Kaufpreis von 323 Millionen Mk. Hiervon stammt aus deutscher Hand Landbesitz im Werte von 237 Millionen Mk. und aus polnischer Hand von 86 Millionen Mk. Der Durchschnittspreis für das Jahr 1908 stellt sich auf 1181 Mk. pro Hektar gegen 1508 Mk. im vorigen Jahre. Die Nachfrage nach Ansiedlerstellen weist eine Steigerung gegen das Vorjahr auf; besonders ist die Zahl der Anträge auf Überlassung von Pachtstellen erheblich gestiegen.

Der Bahnhofsbuchhandel an Sonn- und Feiertagen soll nach der „Frankf. Ztg." auf Grund eines Erlasses, den der Minister der öffentlichen Arbeiten an sämtliche preußisch-hessischen Eisenbahndirektionen gerichtet hat, beschränkt werden. Bisher war an Sonn- und Feiertagen der Bahnhofsbuchhandel unbeschränkt und das mit Recht. So wenig man dem Publikum das Reisen an Sonn- und Feiertagen verbieten kann, so wenig kann man ihm Zeitungs- und Reiselektüre vorenthalten. Jetzt sollen die Verkaufsstände an Sonn- und Feiertagen nur von der Bahnsteigseite geöffnet, von jeder anderen Seite aber geschlossen sein.

Die Wahl des Welfen v. Dannenberg im Wahlkreise Syke-Hoya-Verden in der Stichwahl gegen den nationalliberalen Kandidaten Dr. Heiligenstadt ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Welfen noch starke Reserven herangeholt haben, die sich bei der Hauptwahl nicht beteiligt haben. Das ergibt sich deutlich aus einer Übersicht über die Wahlergebnisse für die einzelnen Orte. So wurden beispielsweise in der Stadt Achim in der Hauptwahl 77 nationalliberale, 26 bündlerische, 92 freisinnige, 192 welfische und 92 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, in der Stichwahl aber für den Welfen 540, für den Nationalliberalen 137. In Twistringen wurden in der Hauptwahl abgegeben 19 nationalliberale, 31 bündlerische, 52 freisinnige, 290 welfische, 139 sozialdemokratische, in der Stichwahl 477 für den Welfen, 47 für den Nationalliberalen; in der Stadt Verden 331 nationalliberale, 35 bündlerische, 325 freisinnige, 301 welfische, 650 sozialdemokratische Stimmen, in der Stichwahl aber 1050 für den Welfen, 650 für den Nationalliberalen. In Bassum wurden in der Hauptwahl 215 nationalliberale, 14 bündlerische, 175 freisinnige, 106 welfische, 61 sozialdemokratische Stimmen, in der Stichwahl aber 299 für den Welfen, 352 für den Nationalliberalen abgegeben. Aus der Übersicht ergibt sich weiter, daß die Freisinnigen in den allermeisten Fällen für den Nationalliberalen in der Stichwahl eingetreten sind und ebenso, wenn auch nicht in gleichem Maße, die Bündler. Vielfach werden in nationalliberalen und konservativen Blättern den Freisinnigen Vorwürfe gemacht wegen der nationalliberalen Niederlage in Syke-Hoya-Verden. Die „Kreuz-Ztg." schreibt am Dienstag abend: „Für die Stichwahl hatte der Bund der Landwirte beschlossen, für den nationalliberalen Kandidaten einzutreten, dagegen ist uns nicht bekannt geworden, daß auch die Freisinnigen diese Parole ausgegeben hätten." Diese Unkenntnis des konservativen Organs wirkt überraschend. Sollte die „Kreuz-Ztg." wirklich nichts davon gelesen haben, daß die Parteileitung der Freisinnigen Volkspartei schon am 3. März eine lange Erklärung veröffentlicht hat, in der die freisinnigen Wähler im sechsten hannoverschen Wahlkreis aufgefordert wurden, bei der Stichwahl ihre Stimmen für den nationalliberalen Kandidaten abzugeben und die Frage etwaiger Kompensationen bei dieser Wahl nach dem schnählichen Wahlhandel der Nationalliberalen in Alzey-Bingen außer Betracht zu lassen? Die „Kreuz-Ztg." müßte auch wissen, daß die freisinnigen Vertrauensmänner einstimmig beschlossen hatten, diesem Rate der Parteileitung zu folgen, und daß in allen Blättern des Wahlkreises von den freisinnigen Vertrauensmännern aufgefordert werden ist, in der Stichwahl für die Nationalliberalen einzutreten.

Wegen des Verhaltens der Nationalliberalen in Alzey-Bingen hat, wie uns aus Nürnberg gemeldet wird, der ehemalige Landtagsabgeordnete Kommerzienrat Ribot in Schwabach seinen Austritt aus der nationalliberalen Partei erklärt.